



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Denise Küppers
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	denise.kueppers@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 12.10.2018

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Donnerstag, den 11.10.2018, 16:05 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Eleonore Altvater

Ina Besche-Krastl

Jens Bosbach

Ernst Buddenberg

Jürgen Bullert

Torsten Cleve

Harald Degner

Wolfgang Diedrich

(ab 16.09 Uhr, TOP 1)

Monika Dinkelmann

Detlef Ehlert

Ria Angelika Garcia Rodriguez

Harald Giebels

Karl-Heinz Göbel

Felix Gorris

Alexandra Gräber

Brigitte Hagling

Martina Hannewald

Gabriele Hruschka

Rainer Hübinger

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen

Marc Kammann

Marion Klaus
Ursula Klützke
Max Kompalik
Rainer Köster (bis 18.49 Uhr, TOP 21.2)
Martina Köster-Flashar
Rolf Kramer
Ilona Kuchler
Nils Lessing
Gerd Lungen
Waldemar Madeia
Annette Mick-Teubler (bis 18.30 Uhr, TOP 21)
Bernd Müller
Klaus Müller
Volker Münchow
Marianne Münnich
Jens Niklaus
Reinhard Ockel (bis 17.15 Uhr, TOP 15)
Dr. Anna-Tina Pannes
Anja Prüßmeier
Maximilian Rech
Dieter Roeloffs
Klaus Rohde
Helmut Rohden
Carola Rotert
Michael Ruppert
Sybille Schettgen
Rainer Schlottmann
Günter Schmickler
Hans-Dieter Schneider
Stephan Schnitzler
Norbert Schreier
Manfred Schulte (bis 17.39 Uhr, TOP 15)
Andreas Seidler
Paul Söhnchen
Dr. Norbert J. Stapper
Margret Stolz
Udo Switalski
Elke Thiele
Peter Thomas (ab 16.14 Uhr, TOP 1)
Hartmut Toska
Christine Trube
Dietmar Viehöver
Ewald Vielhaus
Klaus-Dieter Völker
Dietmar Weiß
Axel C. Welp
Peter Werner
Sebastian Wladarz (ab 16.14 Uhr, TOP 1)

Verwaltung

Lothar Breitsprecher
Anja Büttner
Susanne Frindt-Poldauf
Annette Geißler
Andrea Gippert
Katharina Goldschmidt
René Grün
Ulrike Haase

Laura Hahn
Nils Hanheide
Tanja Henkel
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Melina Korb
Denise Küppers
Ingo Leuchter
Sigrid Leven
Jochen C. Müller
Lisa Remus
Martin M. Richter
René Rösger
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Beate Schorn
Martina Siebert
Maxine Stief

Gäste

Andreas W. Adelberger
Karsten Kunert
Roland Liebermann (zu TOP 15)
Sabine Noll (zu TOP 15)
Peter Ratajczak
Bürgermeister Daniel Zimmermann (zu TOP 15)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.07.2018

Nicht öffentlicher Teil

3. Informationen der Verwaltung
4. IT-Kooperation des Kreises Mettmann: Auswahlkriterien und Entscheidungsprozess 10/041/2018
5. Erwerb eines Grundstücks 23/029/2018
6. Nachträge

Öffentlicher Teil

7. Informationen der Verwaltung
8. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
9. Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/015/2018
10. Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes 01/012/2018
hier: Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes zum 01.01.2019, Anpassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Mettmann sowie Anpassung des TUI-Kostenzuschusses im Rahmen der Zuwendungen
11. Kreissparkasse Düsseldorf 01/013/2018
hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils am Jahresüberschuss 2017
12. Förderung eines Heimatpreises 10/034/2018
Hier: Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.09.2018
13. IT-Kooperation des Kreises Mettmann durch Beitritt zu einem Zweckverband 10/039/2018
14. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Informationstechnik des Kreises Mettmann im Jahr 2017 16/012/2018
15. Haushalt 2019
- Einbringung des Haushaltes 2019
- 15.1. - mündlicher Bericht
- 15.2. Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2019 des Kreises Mettmann 20/028/2018
 - Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte
 - Anhörung der Stadt Mohnheim a.R. gemäß § 55 Abs. 2 KrO NRW
 - Aussprache
16. Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen 20/023/2018
17. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Mettmann 20/026/2018
18. Förderung Verbraucherberatung durch Verbraucherzentrale NRW im Kreis Mettmann 39/006/2018
 - Förderung der Beratungsstelle in der Stadt Langenfeld
19. Abschlussbericht zum Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept des Kreises Mettmann 70/003/2018
20. Schulentwicklungsplanung der Förderzentren und Förder-schulen; Beendigung der Erprobungsphase der Förderzentren 40/023/2018

21. Nachträge

- Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung 10/037/2018/1
21.1.
- Deponie Breitscheid - Errichtung einer Photovoltaikanlage 70/004/2018
21.2. hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2018

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. KA Greve-Tegeler, KA Hoffmann, KA Kirschke, KA Krick, KA Küppers, KA Schwierzke und KA Tondorf fehlen entschuldigt. KA Ottweiler fehlt. Allen Erkrankten wünscht Landrat Hendele eine schnelle Genesung.

Anschließend stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung weist Landrat Hendele darauf hin, dass diese um die Tagesordnungspunkte

21.1 Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung – Ergänzungsvorlage 10/037/2018/1

21.2 Deponie Breitscheid - Errichtung einer Photovoltaikanlage
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2018

sowie um den Untertagesordnungspunkt

- 15.2 Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2019 des Kreises Mettmann
- Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte
 - Anhörung der Stadt Monheim a.R. gemäß § 55 Abs. 2 KrO NRW
 - Aussprache

erweitert wurde.

Da für den Tagesordnungspunkt 15.2 Herr Bürgermeister Zimmermann anwesend ist, schlägt Landrat Hendele vor, den gesamten Tagesordnungspunkt 15 „Haushalt 2019“ vorzuziehen und im Anschluss an Tagesordnungspunkt 2 zu beraten.

Der Kreistag stimmt der Umstellung der Tagesordnung zu, sodass die Tagesordnung in ihrer modifizierten Fassung festgestellt wird.

Im nächsten Schritt weist Landrat Hendele darauf hin, dass an den Plätzen

- die Umbesetzungsvorschläge zu Tagesordnungspunkt 9 (**Anlage 1**),
- der Entwurf des Haushaltes 2019, je nach Wunsch in Papierform, auf einer CD-ROM oder einem USB-Stick,
- die Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte inklusive der Synopse zum Haushalt 2019 des Kreises im Rahmen des Benehmensverfahrens (**Anlage 2**) sowie
- ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Tagesordnungspunkt 21.2 (**Anlage 3**)

ausliegen.

Anschließend erinnert Landrat Hendele an den ehemaligen Oberkreisdirektor, Herrn Dr. Siegfried Hentschel, der am 06.09.2018 im Alter von 92 Jahren verstorben ist. Der Kreistag erhebt sich zu einer Gedenkminute.

Im Anschluss gratuliert Landrat Hendele KA Schreier, KA Köster und KA Kramer nachträglich zum Geburtstag.

Schließlich weist Landrat Hendele darauf hin, dass KA Schnitzler erklärt habe, sein Mandat mit Ablauf des 29.10.2018 niederzulegen und er daher heute zum letzten Mal an einer Kreistagssitzung teilnehme. Er dankt ihm für die langjährige Zusammenarbeit und sein Engagement für den Kreis Mettmann und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

KA Schnitzler erläutert kurz die persönlichen Gründe seiner Entscheidung und betont, dass er der Region auch weiterhin eng verbunden bleiben wird.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.07.2018

Landrat Hendele weist auf ein redaktionelles Anpassungsbedürfnis beim Namen des Herrn Vogt in TOP 3 „Informationen der Verwaltung“ hin.

Der Kreistag stimmt der Korrektur zu und genehmigt die Niederschrift einstimmig.

Zu Punkt 15: Haushalt 2019
--

Zu Punkt 15.1: Einbringung des Haushaltes 2019 - mündlicher Bericht

Landrat Hendele bringt den Haushalt ein. Anschließend erläutert Herr Richter die Daten und Fakten des Entwurfes für den Haushalt 2018. Beide Reden sind dieser Niederschrift als **Anlagen 4** und **5** beigefügt.

(Hinweis: Die Reden wurden den Mitgliedern des Kreistages am 12.10.2018 per E-Mail zugesandt.)

Nach den fraktionsinternen Beratungen erfolgt die Haushaltsplanberatung in den Fachausschüssen und im Kreistag. Dazu soll wieder das bereits in den Vorjahren genutzte und bekannte schriftliche Antragsverfahren verwendet werden. Die Verabschiedung des Haushaltes ist für die Kreistagssitzung am 17.12.2018 geplant.

Zu Punkt 15.2: Benehmsherstellung zum Haushaltsentwurf 2019 des Kreises Mettmann - Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte - Anhörung der Stadt Mohnheim a.R. gemäß § 55 Abs. 2 KrO NRW - Aussprache - Vorlage Nr. 20/028/2018

Herr Bürgermeister Zimmermann bedankt sich für die Einladung in die Sitzung des Kreistages. Um die grundsätzliche Haltung der Stadt Monheim a.R. nicht zu wiederholen, verweist er auf die vorliegende schriftliche Stellungnahme der kreisangehörigen Städte sowie auf die separate Stellungnahme der Stadt Monheim a.R. im Rahmen des Benehmensverfahrens zum Haushaltsentwurf 2019. Ergänzend spricht er eine Problematik an, die insbesondere die übrigen kreisangehörigen Städte betreffe. Er erläutert, dass sowohl der Finanzierungsbedarf des Kreises als auch des Landschaftsverbandes in den vergangenen Jahren dauerhaft gestiegen sei. Dies sei jedoch durch die steigenden Steuereinnahmen der Stadt Monheim a.R. nicht

aufgefallen, da der prozentuale Hebesatzes der Kreisumlage sinken konnte. In absoluten Zahlen sei sie jedoch deutlich gestiegen. Weiter kündigt Bürgermeister Zimmermann an, dass die Stadt Monheim a.R. nun gegenüber den Vorjahren erstmals sinkende Steuereinnahmen erwarte. Diese Entwicklung stelle vor dem Hintergrund eines weiterhin steigenden Umlagebedarfs eine besorgniserregende Entwicklung dar.

Anschließend verweist Herr Bürgermeister Zimmermann auf das anhängige Verfahren zur Förderschulfinanzierung über die Kreisumlage. Am 17.11.2017 sei ein Urteil in erster Instanz verkündet worden, das die Auffassung der Stadt Monheim a.R. bestätige. Nachdem der Kreis Mettmann Revision eingelegt habe, erwarte man nun die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Sollte sich dieses ebenfalls der Rechtsauffassung der Stadt Monheim a.R. anschließen, hätte dies erhebliche finanzielle Auswirkungen für die übrigen kreisangehörigen Städte, die für die Jahre 2016 bis 2019 Teilkreisumlagen nachzahlen müssten. Hinzu kämen die Verfahrenskosten. Herr Bürgermeister Zimmermann appelliert daher, in den Haushaltsplanberatungen kritisch im Blick zu behalten, inwieweit die kreisangehörigen Städte zusätzliche Belastungsrisiken tragen müssten.

In Bezug auf die von Landrat Hendele angesprochenen 29,61 €, die von 100 € Steuereinnahmen der Städte an den Kreis abgeführt würden, weist Bürgermeister Zimmermann darauf hin, dass die Umlageberechnung auf fiktiven Werten basiere. Tatsächlich zahle die Stadt Monheim a.R. insgesamt 76,16 € (49,36 € Kreisumlage und 26,80 € Gewerbesteuerumlage), während die Stadt Wülfrath nur einen Betrag i.H.v. 43,28 € (28,06 € Kreisumlage und 15,22 € Gewerbesteuerumlage) entrichten müsse. Im Rahmen der Solidarität der Kreisgemeinschaft möchte er sich über diesen Umstand nicht beschweren. Er bittet jedoch, die unterschiedlich ausgeprägte Belastung zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Landschaftsumlage teilt KA Schnitzler mit, dass der niedrigere Landschaftsumlage-Hebesatz i.H.v. 14,43% am vergangenen Montag beschlossen wurde.

Herr Richter ergänzt, dass die Verwaltung vorschlagen werde, die Kreisumlage entsprechend zu senken.

KA Schulte erklärt, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine Stellungnahme zur Sache abgeben werde, jedoch sowohl die schriftlich vorliegenden Stellungnahmen als auch die mündlichen Ausführungen von Bürgermeister Zimmermann berücksichtige. Er erinnert an die Anhörung im Kreistag vor drei Jahren und bemängelt, dass Bürgermeister Zimmermann seiner damaligen Einladung in die Kreistagssitzung, in der der Haushalt 2016 verabschiedet wurde, nicht gefolgt sei. Er lädt Herrn Bürgermeister Zimmermann erneut ein, sich auch die Haushaltsreden der Fraktionen, der Gruppe und der Einzelmitglieder sowie die Entscheidungen des Kreistages im Rahmen der Haushaltsverabschiedung in der Kreistagssitzung am 17.12.2018 anzuhören. Bezüglich der von Bürgermeister Zimmermann angesprochenen Verfahrenskosten des Rechtsstreits verweist KA Schulte auf die Postulationsfähigkeit der Stadt Monheim a.R. und hinterfragt, ob für die Abfassung der Klageschrift die Beauftragung einer externen Anwaltskanzlei wirklich notwendig gewesen sei.

KA Völker verweist auf den Ursprung des Rechtsstreits und betont, dass die Entscheidung für ein Gerichtsverfahren von der Stadt Monheim a.R. getroffen wurde und die in diesem Rahmen anfallenden Verfahrenskosten nicht unwissentlich entstanden seien. Die von Bürgermeister Zimmermann hier vorgetragenen Hinweise bewerte er auch deshalb kritisch, weil die Stadt Monheim a.R. den Klageweg beschritten habe und es folglich um die Umsetzung rechtlicher Entscheidungen gehe; einen Spielraum für Verhandlungen gebe es daher nicht.

KA Ruppert erläutert, dass der Kreistag die Hinweise und Stellungnahmen der Städte mit Respekt zur Kenntnis nehme und sie im Rahmen der Beratungen über den Haushaltsplanentwurf berücksichtige, prüfe und berate. Dies bedeute jedoch nicht, dass allen Anregungen zwingend gefolgt werde.

KA Dr. Stapper erinnert an die Zeiten, in denen es der Stadt Monheim a.R. finanziell schlechter ging. Damals, als die Stadt Monheim a.R. von der Solidargemeinschaft profitierte, habe keine andere kreisangehörige Stadt die Finanzierung einzelner Aufgaben über Teilkreisumlagen gefordert. Daher sollte seiner Auffassung nach die Stadt Monheim a.R. nun auch einen Solidarbeitrag für die finanziell schwächeren Mitglieder der Kreisgemeinschaft leisten.

Bürgermeister Zimmermann verweist auf die vorhandene Solidarität der Stadt Monheim a.R., betont jedoch, dass er bezüglich der Förderschulfinanzierung von einer rechtswidrigen Verwendung der allgemeinen Kreisumlage ausgehe. Es gehe nicht darum, sich der Solidarität zu entziehen, sondern darum, dass der Anteil der Stadt Monheim a.R. an der Kreisumlage im Rahmen der rechtlich zulässigen Höhe ausfalle. Es sollte vermieden werden, dass originäre Aufgaben der kreisangehörigen Städte über die Kreisumlage und damit zu Lasten der Stadt Monheim a.R. finanziert würden. Daher gehe es ihm hier um das grundsätzliche Prinzip, welches auch für die Zukunft von großer Bedeutung sei.

KA Kramer zeigt sich über die Ausführungen von Bürgermeister Zimmermann erzürnt und kündigt an, seine Auffassung den kreisangehörigen Städten unmittelbar zukommen zu lassen.

Der Kreistag nimmt die ergänzenden Ausführungen des Bürgermeisters, Herrn Daniel Zimmermann, im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 55 KrO NRW zur Berücksichtigung in den weiteren Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2019 zur Kenntnis.

Vor Einstieg in die Beratungen des nicht öffentlichen Teils stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit her. Dazu unterbricht er die Sitzung um 17.44 Uhr und eröffnet sie wieder um 17.45 Uhr.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Anschließend stellt Landrat Hendele die Öffentlichkeit her.

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 7: Informationen der Verwaltung

-entfällt-

Zu Punkt 8: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 9: Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/015/2018
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Wahlvorschläge an den Plätzen ausliegen.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Wahlvorschlag:

1. KA Udo Switalski wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für SB Melanie Meyer in den Ausschuss für Informationstechnik und digitale Verwaltung gewählt.
2. SE Hildegard Schröder wird als stellvertretendes beratendes Mitglied gem. § 41 Abs. 6 KrO NRW und Nachfolgerin für SE Rainer Bannert in den Gesundheitsausschuss gewählt.
3. SB Wilbert Hager wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger von SB Andreas Krömer in den Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gewählt.
4. SB Meike Lukat wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für SB Wilbert Hager in den Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz gewählt.
5. SB Annegret Wahlers wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für SB Elisabeth Cordts in den Gesundheitsausschuss gewählt.
6. SB Andreas Kanschat wird als ordentliches Mitglied und Nachfolger von SB Jörn Leu-
nert in den Bauausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(Landrat Hendele hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

<p>Zu Punkt 10: Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes hier: Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes zum 01.01.2019, Anpassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Mettmann sowie Anpassung des TUI-Kostenzuschusses im Rahmen der Zuwendungen - Vorlage Nr. 01/012/2018</p>
--

KA Prüßmeier informiert als Berichterstatterin über das einstimmige Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Informationstechnik und digitale Verwaltung und dankt der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage.

Landrat Hendele informiert, dass das Kreistagsbüro vor dem Sitzungssaal einen Stand aufgebaut habe, an dem die Mitglieder ihre Teilnahme an der digitalen Arbeit erklären können, sofern Sie dies nicht bereits getan haben. Vorab habe die Verwaltung bereits 32 Teilnahmeerklärungen von Kreistagsmitgliedern erhalten.

Anmerkung zur Niederschrift: Insgesamt haben 57 der 78 Kreistagsmitglieder ihre Teilnahme am digitalen Sitzungsdienst bestätigt (Stand: 11.10.2018).

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt einen digitalen Sitzungsdienst für die Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse einzuführen.
2. Die Einladung der Mitglieder des Kreistages und der Ausschüsse zu den Sitzungen erfolgt ab dem 01.01.2019 ausschließlich durch Einstellen in das Kreistagsinformationssystem inklusive eines Hinweises per E-Mail, es sei denn, die Einladung per Post wird ausdrücklich gewünscht. Die Wahlmöglichkeit jedes Mitgliedes beschränkt sich auf die Papierform oder die digitale Form. Eine Mischform wird nicht angeboten.
3. Die Sitzungsunterlagen und Niederschriften werden ab dem 01.01.2019 nur noch in digitaler Form über das Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Papierform wird ausdrücklich gewünscht. Die Wahlmöglichkeit jedes Mitgliedes beschränkt sich auf die Papierform oder die digitale Form. Eine Mischform wird nicht angeboten.
4. Der Kreistag stimmt dem als **Anlage 3** beigefügten Muster der Erklärung zur Teilnahme am digitalen Sitzungsdienst zu.
5. Der Kreistag beschließt die als **Anlage 2** beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Mettmann.
6. Kreistagsabgeordneten, die am digitalen Sitzungsdienst teilnehmen, wird auf Wunsch leihweise ein einheitliches mobiles Endgerät zur Verfügung gestellt.
7. Der in der Kreistagssitzung vom 25.09.2014 beschlossene TUI-Kostenzuschuss zur Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen und Vorsitzenden mit mobilen Endgeräten wird für die Jahre 2019 und 2020 aufgehoben und durch Neuregelung unter Punkt 9 ersetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 11: Kreissparkasse Düsseldorf
hier: Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils
am Jahresüberschuss 2017
- Vorlage Nr. 01/013/2018**

Landrat Hendele berichtet, dass der Kreisausschuss dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

Beschluss:

Der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil am Jahresüberschuss 2017 der Kreissparkasse Düsseldorf in Höhe von 223.810,00 € wird der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 12: Förderung eines Heimatpreises
Hier: Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.09.2018
- Vorlage Nr. 10/034/2018**

KA Dr. Pannes erläutert den Antrag ihrer Fraktion und betont, dass durch die Verleihung eines Ehrenamtspreises das Kreisbewusstsein gestärkt werde.

Auf Nachfrage von KA Janssen erläutert KA Dr. Pannes, dass das Preisgeld i.H.v. 10.000 € vom Land übernommen werde und die Kosten, die der Kreis zu tragen habe, vom Veranstaltungsrahmen abhängig seien.

KA Küchler bezieht sich auf den gleichlautenden Antrag der FDP in einigen kreisangehörigen Städten. Sie erläutert, dass eine Ehrenamtsförderung permanent erfolgen solle und gibt zu bedenken, dass ein Ehrenamtspreis auf Stadtebene besser angesiedelt sei, da dort ein sehr enger Bezug zu den Vereinen bestünde. Die Auswahl der Kriterien, nach denen der Preis vergeben werde, erachte sie auf Kreisebene – nicht zuletzt aufgrund der hohen Anzahl an Ehrenamtlichen – als schwierig. Zu den Kosten führt sie aus, dass zu der Veranstaltung auch die (Personal)Kosten für die Erarbeitung der Konzeption anfielen.

KA Hagling schließt sich den Ausführungen an.

KA Garcia Rodriguez fragt, ob bereits bei der heutigen Beschlussfassung Kriterien für die Preisvergabe festgelegt werden müssten.

KA Köster begrüßt das grundsätzliche Anliegen, sieht jedoch Konkretisierungsbedarf in der Definition, welche Projekte über die Stadtgrenzen hinausgehen. Er meldet Beratungsbedarf an und schlägt vor, den Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

KA Gorris berichtet von einem Heimatcheck, mit dem in NRW jährlich die Projekte von 1.000 Vereinen mit jeweils 2.000 € gefördert werden könnten.

KA Lessing unterstützt das Antragsanliegen, wünscht sich jedoch keine Förderung mit dem Namen „Heimat“. Er kündigt seine Zustimmung für den Antrag an, da es sich erst einmal nur um die Beauftragung einer Konzeption handele. Sollten die zu erwartenden Kosten zu hoch sein, könne von dem Vorhaben immer noch abgewichen werden. In den Städten laufe die Preisvergabe gut.

KA Janssen begrüßt den Antrag. Er erinnert in diesem Atemzug an den Antrag seiner Fraktion zur Auslobung eines Umweltpreises, der seinerzeit abgelehnt wurde. Er bittet darum, direkt ein Gremium festzulegen, welches sich mit der Konzeption befasse, um die Kriterien zu entwickeln.

KA Völker schlägt vor, den Beschlussvorschlag so zu modifizieren, dass die Verwaltung beauftragt werde, zur Vorbereitung eines Antrag auf Förderung des Ehrenamtes ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass das Land einige solcher Anträge aus dem Kreisgebiet erhalten habe, da die Städte zum Teil ebenfalls einen solchen Preis ausloben und es im Falle von Doppelstrukturen dazu kommen könne, dass nicht alle Anträge bewilligt würden. Zudem verfolge der Kreis das Interesse einer umfangreichen Landesförderung zur Fundstelle. Als Gremium, welches sich mit der Konzeption des Ehrenamtspreises befassen werde, schlägt er den Kreisausschuss vor.

KA Ruppert bittet um eine nicht zu bürokratische Ausarbeitung.

KA Janssen hinterfragt die Einbindung der Ehrenamtlichen bei der Erarbeitung der Konzeption und schlägt zur Vereinfachung und im Hinblick auf die zeitliche Umsetzung vor, ausschließlich die Verwaltung damit zu befassen.

Landrat Hendele schlägt schließlich folgenden Beschlussvorschlag vor: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Einführung eines Ehrenamtspreises zu erarbeiten und dem Kreisausschuss vorzulegen.“

Da sich der Antragssteller damit einverstanden erklärt, folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzeption für die Einführung eines Ehrenamtspreises zu erarbeiten und dem Kreisausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13: IT-Kooperation des Kreises Mettmann durch Beitritt zu einem Zweckverband - Vorlage Nr. 10/039/2018
--

KA Weiß informiert als Berichterstatter über die einstimmige Vorberatung des Ausschusses für Informationstechnik und digitale Verwaltung.

Landrat Hendele ergänzt, dass auch der Kreisausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt habe.

Beschluss:

1. Unter Einbeziehung der Empfehlungen des Beratungsunternehmens Partnerschaft Deutschland und den Erkenntnissen der Verwaltung aus einem intensiven Auswahl- und Sondierungsprozess beschließt der Kreistag dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) zum 01.01.2019 als Mitglied beizutreten.
2. Der Landrat wird auf dieser Basis beauftragt, Fusionsverhandlungen mit dem Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein aufzunehmen, die Ergebnisse mit einem Fusionsvertrag abzusichern und diesen zur abschließenden Zustimmung in den Kreistag einzubringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die überörtliche Prüfung der Informationstechnik des Kreises Mettmann im Jahr 2017 - Vorlage Nr. 16/012/2018

KA Kuchler berichtet im Rahmen der Berichterstattung über die Vorlage und ergänzt, dass es sich nicht um einen Beschluss, sondern um eine Kenntnisnahme handele.

Landrat Hendele bestätigt dies.

Der Kreistag nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Informationstechnik des Kreises Mettmann im Jahr 2017 (Anlage 1) und die Stellungnahme der Verwaltung vom 18.05.2018 (Anlage 2) zur Kenntnis.

Zu Punkt 16: Kalkulatorischer Zinssatz für kostenrechnende Einrichtungen - Vorlage Nr. 20/023/2018

Auf Nachfrage von KA Köster bestätigt Herr Richter, dass eine Senkung des Zinssatzes von 7% auf 5,87 % rechtlich möglich, aber aus finanzieller Sicht für den Gebührenhaushalt des Kreises nicht empfehlenswert sei.

Beschluss:

Der Kreistagsbeschluss vom 17.10.1985, welcher einen Festzinssatz i.H.v. 7% vorsah, wird aufgehoben.

Der Kreistag beschließt, den von der GPA NRW jährlich veröffentlichten kalkulatorischen Zinssatz (aktuell für 2018: 5,87 %) für die Gebührenkalkulation und Berechnung von Kosten anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 17: Änderung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 20/026/2018

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Mettmann wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 18: Förderung Verbraucherberatung durch Verbraucherzentrale NRW im Kreis Mettmann - Förderung der Beratungsstelle in der Stadt Langenfeld - Vorlage Nr. 39/006/2018
--

KA Kammann erläutert als Berichterstatter das einstimmige Beratungsergebnis des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz.

Landrat Hendele begrüßt Herrn Adelberger von der Verbraucherzentrale NRW und ergänzt, dass der Kreisausschuss der Vorlage ebenfalls einstimmig zugestimmt habe.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Zur Stärkung der Verbraucherberatung im Süden des Kreisgebietes wird die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Langenfeld ab dem Jahr 2019 jährlich mit maximal 40.500 € gefördert, um die Einstellung einer zweiten Beratungskraft zu ermöglichen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Förderung der Verbraucherzentrale NRW die verbleibenden 50 % der anfallenden Kosten für die zusätzliche Beratungskraft übernimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 19: Abschlussbericht zum Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungs-konzept des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 70/003/2018
--

KA Gräber berichtet über den Beratungsverlauf der Vorlage.

KA Janssen bezeichnet das Konzept als Meilenstein und dankt der Verwaltung, insbesondere Herrn Hanheide, für die gute Vorbereitung und Zusammenarbeit.

KA Dr. Ibold, KA K. Müller und KA Völker schließen sich dem Dank an.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt das in den Anlagen 1-4 beigefügte Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für den Kreis Mettmann umzusetzen und ein Klimaschutz-Controlling aufzubauen. Notwendige Einzelbeschlüsse zu Maßnahmen bleiben davon unberührt und werden den zuständigen Gremien sukzessive zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 20: Schulentwicklungsplanung der Förderzentren und Förderschulen; Beendigung der Erprobungsphase der Förderzentren - Vorlage Nr. 40/023/2018
--

KA Mick-Teubler erläutert die Vorlage im Rahmen der Berichterstattung.

Auf Aussage von KA Köster zur schwierigen Situation der Lehrkräfte, die zum Teil mehrere Förderschwerpunkte abdecken müssten, erläutert Frau Haase, dass die meisten Förderschulkinder mehrere Förderschwerpunkte hätten. Dem entspreche der Ansatz der Beschulung. Sie erinnert, dass der Kreis stets bemüht sei, möglichst gute Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte zu schaffen.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erprobungsphase der Förderzentren zu beenden und die Rahmenbedingungen für einen langfristigen Fortbestand der Förderzentren zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 21: Nachträge

Zu Punkt 21.1: Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung - Vorlage Nr. 10/037/2018/1

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Vorlage ohne Beschlussfassung an den Kreistag verwiesen und das gewünschte Leistungsverzeichnis nachgereicht wurde.

KA Hagling dankt für die Nachreichung des Leistungsverzeichnisses, bittet aber das Thema in die Haushaltsberatungen zu schieben.

Landrat Hendele verweist auf den dadurch entstehenden Zeitverlust.

KA Küchler zeigt sich enttäuscht, da Sie dem Leistungsverzeichnis keine elementar neuen Erkenntnisse entnehmen könne. Die Gewinnung und Bindung von Mitarbeitern seien elementare Themen, welche sie konkreter bearbeitet wissen möchte. Als Beispiel verweist sie auf

verschiedene Rahmenbedingungen, in dem sie einige (weiche) Standortfaktoren benennt. Eine externe Vergabe erachtet sie als nicht notwendig. Schließlich verweist sie darauf, dass die Abstimmung der Neuausrichtung der Kreiswirtschaftsförderung mit den Tätigkeiten des Metropolregion Rheinland e.V. sinnvoll sei.

KA Köster-Flashar spricht sich für die Vergabe aus. Die Kriterien des Leistungsverzeichnisses sollen nur einen Anhaltspunkt geben, wie verfahren werden solle. Die von KA Kuchler angesprochene konkrete Ausgestaltung erfolge erst anschließend in einem zweiten Schritt. In Anbetracht des Zeitziels würde sie eine heutige Beschlussfassung befürworten.

KA Völker schließt sich dem an und verweist auf die Wirtschaftsförderungen der kreisangehörigen Städte, die zum Teil dünn aufgestellt und daher teilweise auf die Aktivitäten des Kreises angewiesen seien.

KA K. Müller erachtet den Betrag i.H.v. 50.000 € als zu hoch, würde sich dem Beschlussvorschlag jedoch anschließen.

KA Janssen erinnert an die Diskussionen im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus und bemängelt, dass bislang immer noch keine Niederschrift über die Sitzung veröffentlicht worden sei. Eine externe Vergabe begrüße er.

Es folgt die Abstimmung über folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erarbeitung eines Gutachtens mit Handlungsempfehlungen zur zukünftigen inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung extern auszuschreiben.

Die Mittel in Höhe von max. 50.000 Euro werden im Haushaltsjahr 2019 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

29 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
8 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion UWG-ME
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Einzelmitglied VELBERT.anders
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 21.2: Deponie Breitscheid - Errichtung einer Photovoltaikanlage hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2018 - Vorlage Nr. 70/004/2018
--

Landrat Hendele informiert, dass ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Tagesordnungspunkt auf den Tischen ausliege.

Zunächst erläutert KA Völker den Antrag seiner Fraktion und teilt mit, dass er auch dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimme.

KA Gorris plädiert dafür, alle Deponien des Kreises von der Bezirksregierung auf die Möglichkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage prüfen zu lassen.

KA Vielhaus erläutert, dass eine solche Anlage nur auf stillgelegten Deponien errichtet werden könne. Weiter berichtet er aus der Ratssitzung der Stadt Ratingen, in der erläutert wurde, dass die Bezirksregierung der Errichtung einer Anlage auf dem Deponiegelände Breitscheid positiv gegenüber stehe.

Aufgrund von Unklarheiten bezüglich des Besitzes der Deponiegelände erläutert Herr Hanheide, dass sich das Deponiegelände Breitscheid I in Privatbesitz befinde und das Gelände II dem Kreis gehöre. Eine Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände I sei daher nur mit dem Einverständnis des Besitzers möglich – für das Gelände II müsse der Kreis die Voraussetzungen selbst prüfen. Insgesamt sei die Errichtung einer solchen Anlage nur auf inaktiven Deponien möglich und müsse im Rahmen einer Einzelfallprüfung untersucht werden.

KA Völker schlägt vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz zu verweisen.

Der Antragssteller sowie die restlichen Mitglieder des Kreistages zeigen sich damit einverstanden und verweisen den Antrag.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Stadt Ratingen bei der Bezirksregierung Düsseldorf eine Prüfung zu veranlassen, mit dem Ziel, auch auf dem Deponiegelände Breitscheid I eine Photovoltaikanlage zu errichten.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Denise Küppers